Johannes Schraps.
Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 7/2022

24. Mai

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

zwei intensive Sitzungswoche in Berlin liegen hinter mir. In diesem Newsletter berichte ich von den ausgewählten Themen und Terminen der beiden Wochen.

Unser Dank gilt allen engagierten Genossinnen und Genossen an Rhein und Ruhr, die an den Wahlkampfständen, in den Wohnvierteln und in den sozialen Netzwerken unermüdlich für die SPD geworben und gekämpft haben. Klar ist: Wir haben unser Wahlziel bei der Landtagswahl in NRW nicht erreicht – das schmerzt. Mir macht große Sorge, dass die Wahlbeteiligung auf ein historisches Tief abgesunken ist. Nur noch jeder und jede Zweite machte von seinem Wahlrecht Gebrauch. Das muss uns zu denken geben! Alle demokratischen Parteien müssen jetzt gemeinsam daran arbeiten, wieder mehr Menschen zu erreichen.

Seit knapp drei Monaten führt Russland einen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit dem Ziel, die ukrainische Identität auszulöschen und das Land zu unterwerfen. Diese Kriegsziele hat Putin trotz aller Brutalität aber bisher verfehlt. Zu verdanken ist das dem Widerstand der Ukrainerinnen und Ukrainer, aber auch der Hilfe und Geschlossenheit der Partner in der EU und NATO. Gemeinsam haben wir weitreichende Sanktionen gegen Putin beschlossen und die Ostflanke der NATO gestärkt. Die steigenden Preise machen den Menschen in Deutschland noch immer große Sorgen. Vor allem Bürgerinnen und Bürger mit geringen Einkommen spüren die Inflation im Geldbeutel. Ob im Supermarkt oder auf der Strom- und Heizkostenabrechnung: Viele Menschen müssen immer mehr Geld für das Nötigste ausgeben. Darauf hat die Bundesregierung bereits frühzeitig reagiert und zwei Entlastungspakete in Höhe von fast 30 Milliarden Euro beschlossen, die vor allem Geringverdienerinnen und - verdienern sowie Sozialhilfeempfängerinnen und - empfängern zugute kommen.

Während der Corona-Pandemie haben insbesondere die Beschäftigten auf den Intensivstationen unter schwierigsten Bedingungen Unvorstellbares geleistet. Diese Arbeit wollen wir finanziell würdigen, indem wir den Angestellten in den Krankenhäusern und in der Langzeitpflege einen Pflegebonus zahlen. Das entsprechende Gesetz haben wir letzte Woche abschließend beraten.

Ich wünsche Euch eine schöne Woche und viel Spaß beim Lesen.

Johannes Schraps

Euer Johannes

Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — Mehr Bafög
Seite 3 — Rede im Deutschen Bundestag zur Ukraine
Seite 4 — Pflegeprofis
— Gespräch mit Maka Botchorishvili aus Georgien
Seite 5 — Treffen und Austausch mit Olaf Lies
— Besuch des KGS Bad Münder
Seite 6 — Eröffnung der Fachklinik Weserland in Bad Pyrmont
— Antrittsbesuch in Hessisch Oldendorf
Seite 7 — Gespräch mit sozialdemokratischer Delegation aus Litauen
— Gespräch mit Jugendlichen aus Belarus und der Türkei
Seite 8 — Bericht der Hospitantin Regina Gehlisch
Seite 9 — Themenüberblick Bundestag
Seite 10 — Gespräch mit Uwe Janosch, Geschäftsführer der BDH-Klinik Hessisch-Oldendorf

Ihr findet mich auch bei:

MEHR BAFÖG

Künftig sollen mehr Menschen BAföG bekommen und Geförderte mehr davon haben. Wir öffnen das BAföG wieder für die Breite der Gesellschaft, indem wir die Freibeträge so stark ausweiten wie seit Jahren nicht mehr. Zudem erhalten Studierende, aber auch Schülerinnen und Schüler mehr Unterstützung bei steigenden Kosten und hohen Mieten. Wer wenig Geld hat, bekommt so bessere Bildungschancen. Klar ist aber auch: mit dieser Reform machen wir das BAföG jetzt erst einmal wieder flott; doch noch in dieser Wahlperiode wollen wir es mit einer weiteren grundsätzlich erneuern.

Mit dem Gesetzentwurf werden die Einkommensfreibeträge um 20 Prozent angehoben. Die Bedarfssätze steigen um fünf Prozent und der Förderhöchstbetrag wächst auf 931 Euro. Mehr Geld gibt es auch beim Wohnzuschlag, der auf 360 Euro steigt. Wer eigene Kinder betreut, erhält künftig 160 Euro pro Kind unter 14 Jahren. Auch die Altersgrenze wird vereinheitlicht und steigt auf 45 Jahre, sodass länger ein BAföG-Anspruch besteht. Damit einher erhöht sich der Vermögensfreibetrag auf 45.000 Euro. BAföG-Restschulden können künftig nach 20 Jahren antragslos erlassen werden. Auch wird der BAföG-Antrag digitaler und damit auch einfacher. Die Änderungen sollen ab dem Wintersemester 2022/23 gelten beziehungsweise dem Beginn des neuen Schuljahres. Der Bundestag muss der BAföG-Reform noch zustimmen.

Für die weitere BAföG-Reform wollen wir als SPD-Bundestagsfraktion insbesondere den Kreditanteil senken und damit der Verschuldungsangst entgegenwirken. Zusätzlich wollen wir etwa einen Fachrichtungswechsel ermöglichen, die Förderhöchstdauer anpassen und eine elternunabhängige Basisförderung für alle Studierenden einführen.

REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG ZUR UKRAINE

Ich habe zum Antrag der Fraktion Die Linke im Plenum gesprochen. Die Kolleginnen und Kollegen der Linke rufen dazu auf, die Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen, auf diplomatische Lösungen zu setzen sowie die Ausbildung ukrainischer Soldaten in Deutschland zu beenden, weil wir so zur Kriegspartei werden könnten.

Vor einiger Zeit hätte ich noch gesagt: Die einzige Handlung, im „gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung“ zu bleiben, ist die Nicht-Handlung. Heute wissen wir aber, dass selbst die Nicht-Handlung nicht davor schützt, Opfer eines unprovozierten Angriffskrieges zu werden. Russland hat gegen das UN-Gewaltverbot verstoßen und die territoriale Integrität eines friedliebenden Nachbarlandes, der Ukraine, verletzt. Russland hat Völkerrecht gebrochen. Laut der UN-Charta ist der Verteidigungskrieg die einzige legitime Form eines Krieges. Als Unterstützer, auch in Form einer Ausbildung, wird man noch nicht zur Kriegspartei. Die Schwelle zur Kriegspartei wird dann überschritten, wenn unsere Soldaten denen einer anderen Kriegspartei unmittelbar Schaden zufügen. Das ist nicht der Fall. Wir unterstützen vielmehr die Ukraine in ihrem Recht auf Selbstverteidigung und das ist auch richtig so.

Im Laufe seiner Präsidentschaft hat Putin viele Kriege geführt. Es gibt kaum Grundsätze des internationalen Rechts, die Putin in diesen Kriegen nicht gebrochen hat. Wenn wir aus den vielen Auseinandersetzungen spätestens jetzt etwas gelernt haben sollten, dann ist es die Tatsache, dass Putin sich nicht um Regeln des friedlichen Zusammenlebens schert. Auch rationales Handeln kann man ihm nicht attestieren. Dann hätte er diesen wahnsinnigen Krieg nämlich nie begonnen. Wir wissen es nicht, aber möglicherweise ist es für Putins Handeln völlig unerheblich, wie wir uns verhalten. Sollte er die Entscheidung treffen, Deutschland, die EU oder die NATO als Kriegspartei zu sehen, dann wird er dies jedenfalls nicht aus rationalen Erwägungen heraus tun und er wird dafür auch keine Paragraphen bemühen. Sein Regime baut seit Jahren auf Desinformation und Propaganda. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind leere Worte für ihn. Insofern ist dieser Diskurs wichtig für uns und unsere eigenen moralischen Ansprüche – aber nicht für Putin, der das Völkerrecht offensichtlich missachtet.

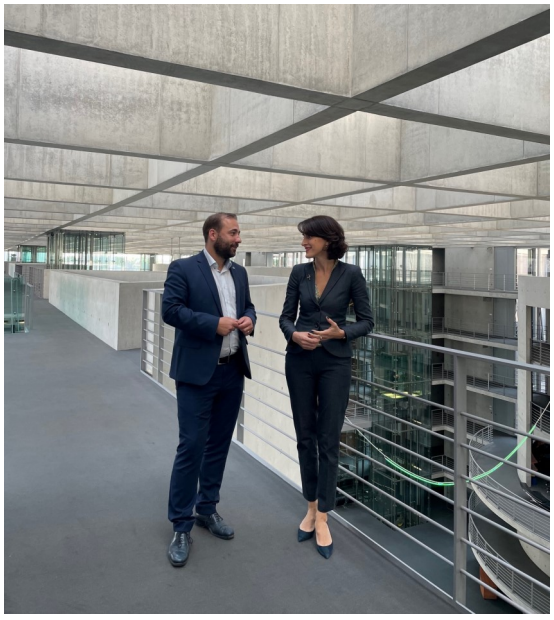
PFLEGEPROFIS

Pflege ist systemrelevant. Pflegende halten unsere Gesellschaft am Laufen. Trotzdem erhalten Pflegekräfte weiterhin nicht die Wertschätzung, die sie verdienen. Der heutige internationale Tag der Pflegenden macht auf die Situation in der Pflege aufmerksam, denn diese geht uns alle etwas an! Wir alle können jederzeit in einer Situation landen, in der wir auf Pflege angewiesen sind.

Wir müssen die Bedingungen verbessern, unter denen Pflegende ihre großartige Arbeit vollbringen, und diese endlich angemessen entlohnen! Nur so können wir dem zunehmenden Pflegemangel entgegenwirken. Hierfür wollen wir unter anderem einen Anspruch auf familienfreundliche Arbeitszeiten durchsetzen, die Gehaltslücke zwischen Kranken- und Altenpflege schließen und im Ausland erworbene Berufsabschlüsse einfacher und schneller anerkennen. Am 2. Juni wird in Berlin erneut der beliebteste Pflegeprofi gekürt.

In den vergangenen Jahren hatten wir im Weserbergland immer wieder Pflegerinnen und Pfleger, die die Auszeichnung „Beliebtester Pflegeprofi Niedersachsens“ oder sogar den Bundespreis gewonnen haben, so wie im Jahr 2019 Manuel Strohdeicher, hier auf dem Bild mit mir und Landrat Dirk Adomat. Vielen Dank, liebe Pflegenden, für Eure unschätzbar wichtige Arbeit!

GESPRÄCH MIT MAKA BOTCHORISHVILI AUS GEORGIEN



Letzte Woche habe ich mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Europäische Integration des Georgischen Parlaments Frau Maka Botchorishvili gesprochen, die zu Besuch in Berlin war.

Es gibt zur Zeit mehr als genug Themen für den Austausch. Georgien hat offiziell einen Antrag für die Aufnahme in die Europäischen Union eingereicht. Dazu werden nun regelmäßige Gespräche geführt. Außerdem befindet sich Georgien im Kontext des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und der von Russland annektierten Territorien Abchasien und Südossetien in einer besonderen Situation.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns regelmäßig austauschen. Danke für den Besuch und das tolle Gespräch.

TREFFEN UND AUSTAUSCH IN BERLIN MIT OLAF LIES

Im Bundestag in Berlin haben wir uns mit dem niedersächsischen Umweltminister Olaf Lies getroffen. Wir beschäftigen uns schon seit vielen Jahren mit dem Thema der „Weserversalzung“ und sind regelmäßig mit der Landesebene, den angrenzenden Weser-Kommunen und Bürgerinitiativen vor Ort im Austausch.

Bei diesem Treffen in Berlin war Olaf Lies zu Gast, weil er als niedersächsischer Umweltminister im Januar den Vorsitz der so genannten Flussgebietsgemeinschaft Weser übernommen hatte. Das Land Niedersachsen wird damit nun für die kommenden drei Jahre die so genannte Weserministerkonferenz leiten. Im Dezember hatten die Weserminister - den neuen Bewirtschaftungsplan für die Flussgebietsgemeinschaft Weser für die Periode von 2022-2027 beschlossen. Wir waren uns einig, dass man dazu weiterhin im Gespräch bleiben muss und die Entwicklung eng abgestimmt begleiten will.

Olaf Lies: „Die Situation bei der Salzbelastung in Weser und Werra können wir keine Aussagen wie ‚geht gar Nichts‘ oder ‚geht noch Nichts‘ mehr gelten lassen. Wir werden nicht akzeptieren, dass erst am Ende der Bewirtschaftungsperiode ein einziger großer Schritt gemacht wird. Wir hatten hier gemeinsam mit den Naturschutzverbänden eigentlich gute Vereinbarungen gefunden mit stufenweisen, viele kleinen und so auch realistischen Schritten. In Niedersachsen werden wir an den festgelegten Messpunkten für unterschiedliche Einleitwerte streng kontrollieren und den Prozess weiter sehr eng begleiten.“

Der Bewirtschaftungsplan muss bis 2027 in klaren Schritten zur Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie führen. Die Industrie und damit in erster Linie das Unternehmen K+S ist nun in der Pflicht, den Plan umzusetzen und ihn als Chance zu begreifen. Jedes weitere Aufschieben der Vereinbarung wäre kontraproduktiv.

BESUCH DER KGS BAD MÜNDER

Letzte Woche war ich im Weserbergland im Wahlkreis unterwegs. In Berlin bekomme ich dennoch Besuche von Schulklassen, so war die 10. Klasse der KGS Bad Münder letzte Woche zu Besuch im Bundestag. Wenn ich nicht in Berlin bin, treffen meine beiden Mitarbeiter Philipp und Irina die jungen Menschen und berichten über unsere Arbeit in Berlin und beantworten die Fragen der jungen Menschen. Herzlichen Dank, dass ihr vorbeigeschaut habt!

ERÖFFNUNG DER FACHKLINIK WESERLAND IN BAD PYRMONT

Am 4. Mai war ich bei der Eröffnungsfeier in der Fachklinik Weserland. Aufgrund der Pandemiebedingungen waren nur knapp 40 Gäste dabei. Klinikdirektor Hans-Joachim Spieker erläuterte die Herausforderungen, vor denen Klinik und Kostenträger standen. Bei einer Brandschutz-Prüfung wurde im Jahr 2016 die Notwendigkeit von Sanierungsmaßnahmen deutlich. Der Geschäftsführer der REHASAN-Gruppe Frank Roschewsky machte deutlich, dass das Unternehmen die Notwendigkeit zur Sanierung als Chance begriffen hatte. Hier ist in den vergangenen vier Jahren die modernste Reha– und Wohlfühlklinik in Deutschland entstanden.

Die niedersächsiche Gesundheitsministerin Daniela Behrens war bei der Eröffnung auch dabei.

Es freue mich ganz besonders, dass Patientinnen und Patienten, die vorher schon aufgrund der ausgezeichneten medizinischen Betreuung nach Bad Pyrmont gekommen sind, jetzt auch aufgrund des tollen neuen Gebäudes und der ausgezeichneten Wohlfühlen–Atmosphäre kommen werden.

Herzlichen Glückwunsch an das Personal der Klinik!

ANTRITTSBESUCH HESSISCH OLDENDORF

Zu meinen Aufgaben als Abgeordneter gehört auch der regelmäßige Austausch mit den Bürgermeistern der Kommunen. Da unsere beiden Terminkalender gut gefüllt sind, habe ich jetzt auch endlich den neu gewählten Bürgermeister der Stadt Hessisch Oldendorf, Tarek Oenelcin besuchen können. Mit Tarek haben die Hessisch Oldendorfer einen Bürgermeister gewählt, der schon vor der Wahl in der Verwaltung tätig war, einen Insider sozusagen.

Es war ein sehr angeregtes Gespräch, in dem wir uns unter anderem über die Fördermöglichkeiten des Bundes für die Kommunen unterhalten haben. Tarek hat gemeinsam mit seinem Rat viel für Hessisch Oldendorf vor, ich unterstütze ihn—wie alle Kommunen und deren Bürgermeister —gern dabei.

GESPRÄCH MIT EINER SOZIALDEMOKRATISCHEN DELEGATION AUS LITAUEN

Letzte Woche hat uns eine hochrangige Delegation litauischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bundestag besucht. Zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus den Arbeitsgruppen Außenpolitik und Verteidigung haben wir ein inhaltsreiches Gespräch über das gegenseitige Verständnis europäischer Sicherheitspolitik angesichts des russischen Krieges in der Ukraine geführt. Bereits im meiner Funktion als Leiter der Bundestagsdelegation bei der Ostsee-Parlamentarierkonferenz habe ich viel mit den litauischen Kolleginnen und Kollegen zu tun. Das war auch eine besondere Freude sie nun in Berlin zu empfangen.

GESPRÄCH MIT JUGENDLICHEN AUS BELARUS UND DER TÜRKEI

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) hat in der vergangenen Woche eine zwölfköpfige Delegation aus dem belarussischen Jugendring RADA und dem türkischen Jugendring GoFor in Berlin empfangen. Mein Fraktionskollege aus Wolfsburg Falko Mohrs und ich, haben mit den jungen Menschen über die aktuelle Situation in ihren Ländern gesprochen und von unseren Aufgaben als Bundestagsabgeordnete erzählt. Der Austausch mit jungen Menschen aus anderen Ländern ist immer eine große Bereicherung. Die Projekte des Bundesjugendrings sind deswegen besonders wertvoll.

BERICHT DER HOSPITANTIN REGINA GEHLISCH

Vom 16. – 19. Mai 2022 hatte ich im Rahmen des Hospitanzprogramms für Jugendvertreterinnen und Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion die Möglichkeit, den Abgeordneten Johannes Schraps eine Woche zu begleiten und einen Einblick in seine tägliche Arbeit zu bekommen.

Über das Hospitanzprogramm erhalten seit 2019 junge Menschen aus Vereinen und Verbänden die Möglichkeit, eine Woche hinter die Kulissen der SPD-Bundestagsfraktion zu blicken und die parlamentarische Arbeit der Fraktion kennenzulernen.

Ich selbst bin seit einigen Jahren bei JANUN e.V., einem niedersächsischen Jugendverband aktiv, der sich besonders für die Themen Umwelt- und Klimaschutz einsetzt, außerdem habe ich durch meine Ausbildung und die anschließende Berufstätigkeit in einer Kindertagesstätte begonnen, mich gewerkschaftlich bei ver.di zu engagieren.

Direkt am Montag wurde ich von Johannes und seinen Mitarbeiter*innen herzlich aufgenommen und wir haben gemeinsam besprochen, zu welchen Terminen ich Johannes begleiten kann. Besonders spannend fand ich die Möglichkeit, digital an Arbeitsgruppen und Ausschusssitzungen teilzunehmen und politische Debatten aus nächster Nähe mitzubekommen. Ebenso habe ich Johannes zu Gesprächsterminen begleitet, z.B. bei einem Austausch mit einer Schulklasse aus seinem Wahlkreis. Mein persönliches Highligt war, da ich selbst aus einem Jugendverband komme, ein Gesprächstermin mit dem Deutschen Bundesjugendring sowie Vertreterinnen und Vertreter der Jugendringe aus der Türkei und Belarus, in dem es einen regen Austausch zur aktuellen politischen Lage sowie allgemein zur Politik in Deutschland gab.

Neben den Terminen, zu denen ich Johannes begleitet habe, gab es außerdem ein Rahmenprogramm der SPD-Bundestagsfraktion, das vor allem aus Gesprächen mit verschiedenen Abgeordneten bestand. So gab es Austauschmöglichkeiten mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Rolf Mützenich, der Staatsministerin Reem Alabali-Radovan, dem Abgeordneten Sönke Rix sowie drei jungen Abgeordneten aus der SPD-Fraktion.

Am Donnerstag war ich zum ersten Mal bei einer Bundestagsdebatte dabei und konnte von der Besuchertribüne aus zuhören.

Das Ende einer gut gefüllten Woche waren ein Gespräch mit dem Abgeordneten Matthias Miersch, aus dessen Wahlkreis ich komme und eine Gesprächsrunde mit anderen Teilnehmenden des Hospitanzprogramms mit der Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoğuz.

Ich bin sehr dankbar für die Eindrücke, die ich in dieser Woche aus dem Alltag von Johannes und seinen Mitarbeitenden sammeln durfte. Dies hat mir nochmal verdeutlicht, wie fordernd und verantwortungsvoll die Arbeit als Bundestagsabgeordneter ist.

THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Mit dem 9-Euro Ticket durch Deutschland

Mit dem 9-Euro-Ticket wollen wir Pendlerinnen und Pendler von hohen Spritkosten entlasten und Anreize zum Umstieg auf den klimafreundlichen ÖPNV schaffen. Mit dem 9-Euro-Ticket als Teil des Entlastungspakets greifen wir vielen Bürgerinnen und Bürger spürbar unter die Arme – denn die Kosten für Energie, Lebensmittel und Mobilität sind gestiegen. Deshalb wird es ab dem 1. Juni für 90 Tage bundesweit ein Ticket für 9 Euro pro Monat geben („9-für-90“). Dazu erhalten die Länder das Geld vom Bund. Bus- und Bahnfahren wird damit so billig, wie es in Deutschland wahrscheinlich noch nie war. Dieses Angebot gilt für alle.

Wir bereiten die Kindergrundsicherung vor

Die gestiegenen Energiepreise treffen besonders Menschen mit wenig Geld. Als Teil der umfangreichen Entlastungen, die wir auf den Weg gebracht haben, führen wir ab Juli einen Kindersofortzuschlag in Höhe von 20 Euro monatlich ein. Das hilft vielen Familien, die es derzeit schwer haben, finanziell über die Runden zu kommen. Und zugleich machen wir mit dem Sofortzuschlag einen wichtigen Schritt in Richtung Kindergrundsicherung. Unser Ziel dabei ist klar: Wir wollen Kinder aus der Armut holen und ihre Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe stärken.

Von fossiler Energie unabhängig werden

Wir wollen so schnell wie möglich unabhängig werden von fossiler Energie und vor allem von Importen aus Russland. Im Koalitionsvertrag haben wir uns deshalb ambitionierte Ziele gesetzt, damit Deutschland bis 2045 klimaneutral wird. Vor allem gilt es, die Erneuerbaren Energien massiv auszubauen. Mit dem „Osterpaket“ ebnen wir hierfür den Weg. Die Erneuerbaren erhalten künftig gesetzlichen Vorrang bei der Schutzgüterabwägung.
Ausschreibungsmengen und Ausbauziele heben wir deutlich an. Zugleich machen wir die Energiewende zum Mitmachprojekt, in dem wir den Bau von Wind- und Solarprojekten durch Bürgerenergiegesellschaften fördern und Kommunen noch besser finanziell beteiligen.

Wir streichen § 219a aus dem Strafgesetzbuch!

Mit der Streichung des Paragraphen 219a StGB schaffen wir ein Relikt aus der Kaiserzeit ab. Künftig können Ärztinnen und Ärzte über Schwangerschaftsabbrüche informieren, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen. Damit haben Frauen einen freien und sachgerechten Zugang zu medizinischen Informationen über Schwangerschaftsabbrüche. Das ist insbesondere für ungewollt schwangere Frauen wichtig, um selbstbestimmte Entscheidungen treffen zu können. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu einem Rechtsstaat, der sich an unsere fortschrittliche, verantwortungsbewusste und vielfältige Gesellschaft anpasst.

Pflegebonus ausweiten und Krankenhäuser stärken

Mit dem Pflegebonus würdigen wir die pandemiebedingten Mehrbelastungen in den Krankenhäusern und in der Langzeitpflege. Besonders die Beschäftigten auf den Intensivstationen haben Außergewöhnliches geleistet und verdienen dafür eine finanzielle Anerkennung. Den entsprechenden Entwurf der Koalitionsfraktionen für das Pflegebonusgesetz beraten wir in letzter Woche abschließend im Bundestag. Im parlamentarischen Verfahren konnten wir durchsetzen, dass auch Pflegekräfte, die bei Leiharbeitsunternehmen beschäftigt sind, und Mitglieder der DRK-Schwesternschaften den Bonus erhalten werden. Hinzu kommt, dass wir auch Boni, die tarifvertraglich vorgesehen sind oder freiwillig vom Arbeitgeber geleistet werden, bis zu einer Höhe von 4.500 Euro steuerfrei stellen. Zuvor war eine Summe von 3.000 Euro vorgesehen. Außerdem greifen wir den Krankenhäusern finanziell unter die Arme. Durch die Pandemie wurden vielerorts weniger Patientinnen und Patienten ins Krankenhaus aufgenommen. Diese Mindereinnahmen werden durch eine sogenannte Erlösgarantie abgefedert, die dafür sorgt, dass Krankenhäuser 98 % der Erlöse aus dem Vorpandemiejahr 2019 erhalten. Damit diese Erlösgarantie auch sofort in den Krankenhäusern ankommt, haben wir noch zusätzlich erreichen können, dass die Krankenhäuser schon im laufenden Jahr 2022 Abschlagszahlungen im Rahmen der Erlösgarantie erhalten – das stärkt die Liquidität der Krankenhäuser spürbar.

GESPRÄCH MIT UWE JANOSCH, GESCHÄFTSFÜHRER DER BDH-KLINIK HESSISCH-OLDENDORF

Uwe Janosch, Geschäftsführer der BDH-Klinik Hessisch-Oldendorf, war beim Parlamentarischen Abend der BDH-Bundesverbandes Rehabilitation, der letzte Woche in Berlin stattgefunden hat, dabei. Natürlich habe ich die Gelegenheit genutzt, um mit ihm ins Gespräch zu kommen.

Mit der Stroke Unit und phasenübergreifender Rehabilitation ist die BDH-Klinik Hessisch Oldendorf ein modernes neurobiologisches Zentrum in der auch intensivmedizinisch behandelt wird. Es freut mich sehr, dass wir so eine erstklassige medizinische Einrichtung im Weserbergland haben.

Büro Hameln
Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden
Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:
Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Martin Drelichowski, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva